STADT.LAND.LINKS

Das Verbandsmagazin der NRW JUSOS

NRW JUSOS

Hattinger Manifest | Seite 4

Transformation der Arbeit | Seite 6

Feministische Arbeitsmarktpolitik | Seite 10

Soziales: Haushaltskürzungen stoppen! | Seite 12

Außerdem:
Zanda Martens (MdB) im Interview
Gastarbeiter*innen und Erinnerungskultur
BuKo 2023 & NRW-Landesvorstand

Nr. 28

Dezember 2023

INHALT

GEWERKSCHAFT
UNSER HATTINGER MANIFEST
Seite 04

ARBEIT
DIE ZUKUNFT DER ARBEIT
Seite 06

FEMINISMUS
REIN IN DIE GEWERKSCHAFT – UND WEG MIT DEM PATRIARCHAT
Seite 10

LINDNERS SPARWAHN
LINDNERS SPARWAHN
Seite 12

GASTARBEITER*INNEN
ES KAMEN MENSCHEN AN
Seite 14

ZANDA MARTENS (MDB) IM INTERVIEW
WOHNRAUM IST KEINE WARE!
Seite 18

VERBAND
DER JUSO-BUNDESKONGRESS 2023
Seite 16

OHNMACHT
ICH BIN ZU MÜDE, UM SCHLAFEN ZU GEHEN.
Seite 24

LIEBE NRW JUSOS,

das Jahr neigt sich dem Ende entgegen und das heißt: wir werfen mit einer neuen Ausgabe unserer geliebten Stadt.Land.Links einen Blick auf die vergangenen Monate und hecken gleichermaßen auch schon die nächsten drängenden politischen Forderungen aus! Und so ist es doch mehr als passend, dass unsere letzte Ausgabe in diesem ereignisreichen Jahr ganz dem Thema Arbeitskampf gewidmet ist.

Über die Notwendigkeit einer feministischen Arbeitsmarktpolitik, die oft noch unterschätzte, aber so wichtige Perspektive der sogenannten Gastarbeiter*innen sowie unser Kampf für eine sozial gerechte Transformation; als Jungsozialist*innen sprechen wir nicht nur in Theorieworkshops vom Widerspruch von Kapital und Arbeit, wir gehen ihn konkret an. Und auch wenn das natürlich manchmal wie eine unlösbar große Aufgabe erscheint, dann schreckt uns das nicht ab. Es geht uns nämlich nicht um den einzelnen Punktsieg, wir kämpfen auf die lange Sicht!

2023 ist sicher nicht immer so gelaufen, wie wir es uns als NRW Jusos gewünscht hätten. Wir haben hart gekämpft gegen die sogenannte GEAS-„Reform". Die Antwort kam prompt durch ein Spiegel-Interview: Die maximale Härte von Olaf und unserer Partei in asyl- und migrationspolitischen Fragen. Seit Monaten liegen wir auf der Landes- sowie Bundesebene im Clinch mit dem elendigen Konzept der Schuldenbremse und sind leider noch nicht am Ende dieses Kampfes. Und im November haben wir nach Monaten der starken Kampagne und einer Einigkeit, auf die wir unfassbar stolz sein können, Sarahs Kandidatur für den Bundesvorsitz unterstützt, die leider nicht die erhoffte Mehrheit mit sich brachte.

Ich bin aber sicher: All diese Steine in unserem Weg und vor allem unser Umgang damit machen uns zu dem starken Verband in Nordrhein-Westfalen der wir sind. Ein Verband, in dem wir kritisch in die Auseinandersetzung gehen, wo auch immer es nötig ist – und in dem uns das solidarische Miteinander nicht weniger wichtig ist als die richtige politische Positionierung.

Als Jusos sollte unser höchster Anspruch immer sein, jungen Menschen ein politisches Zuhause zu bieten, in dem sie selbstbewusst lernen können, ihre eigene politische Meinung zu bilden und diese auch zu artikulieren. Denn nur so können wir das erreichen, was wir so gerne das gute Leben für alle nennen. Und während sich 2023 dem Ende neigt und wir als Verband gespannt und motiviert schon Pläne für 2024 schmieden, möchte ich es mir an dieser Stelle nicht nehmen lassen und von ganzem Herzen Danke sagen.

Danke an diesen wunderbaren Landesverband, der den Anspruch, politisches Zuhause für Tausende junger Menschen in ganz NRW zu sein, so ernst nimmt und dadurch Kraft für unsere bevorstehenden Kämpfe im nächsten Jahr gibt. Denn auch wenn wir diese Welt nicht aus dem Stand ändern können, wir können so stolz sein, was wir gemeinsam erreichen, wenn wir Ausdauer beweisen. Mein liebster Moment in unserem politischen Jahr ist und bleibt deshalb, wie wir gemeinsam mit der DGB-Jugend für die Ausbildungsplatzgarantie gerannt sind und am Ende sagen konnten: Wir haben es geschafft! Lasst uns genau dieses Gefühl mitnehmen, dann bin ich mir ganz sicher: 2024 wird groß!

Solidarische Grüße
Eure Nina

Nina Gaedike

UNSER HATTINGER MANIFEST

*Jugend.Politik.Betrieb – drei Tage lang haben wir NRW Jusos bei unserem Politikkongress mit der DGB-Jugend NRW die Köpfe zusammengesteckt. Im Ergebnis entsteht nun ein Debattenaufschlag für die zukünftigen gemeinsamen Kämpfe von Gewerkschafter*Innen und Jungsozialist*innen.*

DEBATTENSTOFF GAB ES IM OKTOBER IN HATTINGEN REICHLICH:

- **Wie können wir wirtschaftliche Prozesse demokratisch gestalten?**
- **Wie bekämpfen wir Diskriminierung wie Sexismus und Rassismus in der Arbeitswelt?**
- **Wie können wir dem neoliberalen Zeitgeist gemeinsam entgegentreten?**
- **Wie sorgen wir dafür, dass die Ausbildungsgarantie in NRW umgesetzt wird und alle jungen Menschen die Chance bekommen, eine qualitativ hochwertige und für sie passende Ausbildung zu beginnen?**

Darüber hinaus haben wir die Diskussion mit Vertreter*innen des DGB NRW sowie der NRWSPD gesucht. Für Jusos und Gewerkschaftsjugend ist die Debatte allein noch nicht genug. Deshalb werden alle Ergebnisse nicht nur festgehalten, sondern die „zwölf Thesen“ noch zu einem Diskussionspapier, dem „Hattinger Manifest“, ausgearbeitet. Das Papier wiederum soll Grundlage der Zusammenarbeit von Jusos und Gewerkschaftsjugend in NRW für die kommenden Jahre sein und Basis für die Diskussion in Veranstaltungen werden.

Es gilt: Junge Menschen aus Politik und Betrieb zusammenzubringen ist unverzichtbar, wenn gesellschaftliche und wirtschaftliche Realitäten progressiv gestaltet werden sollen. Gemeinsam streiten wir seit jeher Seite an Seite für eine gerechtere und solidarische Gesellschaft.

UNSERE ZWÖLF THESEN IM ÜBERBLICK:

1. **SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION**

Zukunft gibt's nicht für lau – Klimaschutz nur mit einem stabilen NRW.

2. Es liegt nicht an dir, es liegt am Kapitalismus.

3. **ARBEITSKAMPF AUF EUROPÄISCHER EBENE**

Unser Gegenpol zum globalisierten Kapitalismus heißt Internationalismus.

4. Arbeiter*innen dieser Welt vereinigt euch – Arbeitskampf geht nur gemeinsam.

5. **FEMINISTISCHER / ANTIRASSISTISCHER ARBEITSKAMPF**

Das Fachkräftepotenzial lässt sich nur heben, wenn unsere Politik feministisch ist.

6. Arbeitskampf geht nur gemeinsam.

7. **JUGEND UND TEILHABE**

Kommunalpolitik ist die Champions League der politischen Landschaft.

8. Demokratische Betriebe für eine demokratische Gesellschaft.

9. **ANTIFASCHISMUS**

Unsere gemeinsame Historie zeigt uns: Antifaschismus ist Handarbeit.

10. Wir sind alle Antifaschist*innen.

11. **BILDUNGSUNGLEICHHEITEN**

Die umlagefinanzierte Ausbildungsgarantie ist die einzige Möglichkeit, das deutsche Ausbildungssystem zu retten.

12. Die Schule für alle ist unser Weg, um Bildungsgleichheiten entgegenzuwirken.

Über den Jahreswechsel hinweg arbeiten nun Schreibteams aus Jusos und jungen Gewerkschafter*innen an dem Debattenaufschlag – aus jeder These wird ein Kapitel. 2024 werden NRW Jusos und DGB-Jugend NRW das Diskussionspapier fertigstellen und veröffentlichen!

DIE ZUKUNFT DER ARBEIT

DIE HERAUSFORDERUNG DER TRANSFORMATION

Die Arbeitswelt befindet sich in einem kontinuierlichen Wandel, doch nie zuvor waren die Veränderungen so rasant wie heute. Die aktuellen Umbrüche werden von einer Vielzahl von Faktoren vorangetrieben, darunter die Digitalisierung, die Aus- und Nachwirkungen der Corona-Pandemie, die Klimakrise und nun auch KI, die Einführung von Werkzeugen mit „künstlicher Intelligenz". Inmitten dieses Wandels stehen insbesondere junge Menschen im Fokus.

DAS BILD DER GENERATION Z: HERAUSFORDERUNGEN UND VORURTEILE

Die öffentliche Wahrnehmung der „Generation Z" (geboren zwischen 1996 und 2010) ist, wie so häufig, wenn es um „die jungen Leute" geht, geprägt von Vorurteilen und Klischees. Sowohl ältere Unternehmer*innen als auch Kolleg*innen mittleren Alters neigen dazu, den jungen Berufseinsteiger*innen vorzuwerfen, zu anspruchsvoll zu sein, weniger loyal gegenüber Arbeitgeber*innen zu agieren und scheinbar zu bequem die Arbeit zu verrichten. Auch die absurde Forderung nach einem sozialen Pflichtjahr (siehe Ausgabe 24) kommt aus einer ähnlichen Richtung.

Vorurteile sind das eine – Tatsachen etwas anderes. Wir als junge Menschen sind gewillt, hart zu arbeiten, und setzen uns aktiv für unsere berufliche Entwicklung ein. Dennoch ist die Realität, in der wir aufwachsen, geprägt von zunehmender Unsicherheit, verstärkt durch die Corona-Pandemie, den russischen Angriffskrieg in der Ukraine, den Klimawandel und rasant steigende Lebenshaltungskosten. Der mentale Druck und die Sorge um die Zukunft sind bei vielen enorm.

PSYCHISCHER DRUCK UND GESUNDHEITSFOLGEN

Diverse Studien[1] belegen, dass viele junge Erwachsene in Deutschland unter psychischer Unsicherheit leiden. Die Auswirkungen dieser Belastungen sind spürbar und äußern sich etwa in Form von Kopfschmerzen, Rückenschmerzen, Konzentrationsstörungen, Schlafproblemen, Erschöpfung oder tiefgreifenderen psychischen Erkrankungen. Viele

Lea (23) freut sich auch gerade über ihre neue Stelle.

Maxi (24) feiert die Möglichkeit, bis zu zweimal in der Woche aus dem Homeoffice zu arbeiten, findet aber seine 41-Stunden-Woche nicht so toll.

junge Menschen sind bestrebt, einem Burnout vorzubeugen und ihre Arbeitsbelastung zu reduzieren.

DIE KOLLEKTIVE SELBSTBESTIMMUNG UND NEUE ARBEITSPLATZGESTALTUNG

Als erste Generation sind wir dazu in der Lage, kollektiv und selbstbewusst unsere eigenen Grenzen gegenüber den Arbeitgeber*innen zu setzen. Dies zeigt sich in Abgrenzung zu Millennials und der sogenannten "Generation Y" insbesondere daran, dass wir anstelle großer Loyalität gegenüber Arbeitgeber*innen vor allem eine sinnstiftende Tätigkeit anstreben.[2] Dieser Trend zu mehr Selbstbestimmung und zur Mitgestaltung des Arbeitsplatzes kann für Unternehmen herausfordernd sein, da sie sich einer neuen Ausgangssituation gegenübersehen. Dennoch ist der Trend mehr als nachvollziehbar und könnte ein entscheidender Schritt hin zu einem gerechteren Verständnis von Arbeit sein.

DIE TRANSFORMATION DES ARBEITSMARKTES IST KEIN GENERATIONENKONFLIKT

Anders, als vor allem von Konservativen behauptet, sind es nicht #DieseJungenLeute, die das Problem des Arbeitsmarktes darstellen. Es sind die Gesamtbedingungen des kapitalistischen Arbeitsmarktes, bei dem jahrzehntelang auf dem Rücken der Arbeitnehmer*innen zugunsten Weniger Profit erwirtschaftet wurde. Unsere Generation spürt die Auswirkungen besonders deutlich. Daher können besonders wir Veränderungen anstoßen.

Dafür müssen wir bei der Transformation des Arbeitsmarktes verschiedene Teilaspekte berücksichtigen. Die Digitalisierung, oft als „Industrialisierung 4.0" bezeichnet, hat tiefgreifende Auswirkungen auf die Arbeitswelt. Sie automatisiert Arbeitsprozesse und schafft gleichzeitig neue Berufsfelder. Dieser Wandel bringt sowohl Chancen als auch Herausforderungen mit sich. Auf der einen Seite eröffnet die Digitalisierung neue Möglichkeiten für Effizienzsteigerungen und Innovation. Auf der anderen Seite erfordert sie – neben der weiteren Verdichtung der Arbeit – von Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen eine kontinuierliche Weiterbildung und Anpassungsfähigkeit, um in einer sich schnell verändernden Arbeitswelt erfolgreich zu sein.

Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie haben ebenfalls erhebliche Veränderungen in der Arbeitswelt ausgelöst. Das Homeoffice und die virtuelle Zusammenarbeit sind in vielen Branchen in den Mittelpunkt gerückt und haben die Flexibilität an vielen Arbeitsplätzen gestärkt. Dies hat neue Arbeitsmodelle ermöglicht, aber auch neue Probleme aufgeworfen. Zum Beispiel kann das Angebot von Homeoffice dazu führen, dass die Grenzen zwischen Arbeitszeit und Freizeit verschwimmen. Das kann zu einer Überlastung der Arbeitnehmer*innen führen. Darüber hinaus ist es für Betriebsrät*innen – sofern vorhanden – schwieriger, auch im Homeoffice gute Arbeitsbedingungen durchzusetzen, sei es hinsichtlich der Ausstattung aber auch bezüglich einer Abgrenzung zwischen Arbeit und Freizeit.

[1] Vgl. Schnetzer, Hurrelmann: „Jugend in Deutschland", 2023; Dr. Julian Witte, Alena Zeitler, Lena Hasemann, Jana Diekmannshemke: „DAK Kinder- und Jugendreport 2023", 2023.

[2] Vgl. Jobvalley und Department of Labour Economics der Maastricht University „Fachkraft 2030", 2021

DIE SOZIALE DIMENSION DER ARBEITSMARKTTRANSFORMATION

Darüber hinaus bringt auch die soziale Dimension der Arbeitsmarkttransformation viele Herausforderungen mit sich. Darunter die Frage nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit, Beteiligung der Arbeiter*innen an Unternehmensgewinnen und die Forderung einer echten Ausbildungsplatzgarantie. Wer nicht ausbildet, muss zahlen. Wer Fachkräfte will, aber keine Nachwuchskräfte ausbildet, predigt Wasser und trinkt Wein. Hierbei gilt aber nicht, dass andere ältere Arbeitnehmer*innen vernachlässigt werden sollten. Im Gegenteil: Nicht nur junge Menschen profitieren von Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Lebenslanges Lernen, das Recht auf Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sowie das Recht auf Bildungsurlaub in allen Unternehmensformen gehören für uns selbstverständlich zu einem demokratischen Verständnis von Arbeit.

Sicher hast du auch schon davon gehört: neue Arbeitszeitmodelle sind in aller Munde. Ob Gleitzeit, 4-Tage-Woche, Job-Sharing, verkürzte Vollzeit oder mobiles Arbeiten. Die

Vereinbarkeit von familiären, beruflichen und privaten Interessen ist für die Generation Z wichtig. Dabei gilt jedoch, die Interessen der Arbeitnehmer*innen zu schützen – zum Beispiel vor dem Anspruch ständiger Erreichbarkeit. Eine präzise und arbeitnehmer*innenfreundliche Arbeitszeiterfassung ist also wichtiger denn je, um die Work-Life-Balance tatsächlich zu garantieren. Dabei gilt natürlich, dass manche Branchen den Umstieg auf flexible Arbeitszeitmodelle deutlich schwerer haben als andere. Oft wird gar behauptet, auf dem Bau, im Krankenhaus oder in der Kinderbetreuung sei es überhaupt nicht möglich. Zugegeben: Hier kann es mitunter knifflig werden. Aber auch hier gibt es bereits einige gute Beispiele.

Auch darf nicht unerwähnt bleiben, dass vor allem junge Menschen häufig sachgrundlos befristet angestellt sind. Immer noch! Damit muss endlich Schluss sein. Maßnahmen wie die Entlassung von Lehrkräften während der Sommerferien betreffen natürlich nicht nur junge Lehrkräfte, aber sie verhindern die Aussicht auf eine stabile Zukunft. Leider ist das nicht das einzige Beispiel dafür, wie Unternehmen junge Arbeitnehmer*innen über den Tisch ziehen. Unbezahlte Praktika ohne klare Anschlussperspektive sind für Viele nach wie vor Realität. Auch hier sagen wir klar: Arbeit ist Arbeit und gehört vernünftig bezahlt.

Einige dieser Herausforderungen sind mit dem viel beschworenen Fachkräftemangel verbunden. Oftmals verbergen sich hinter dem beklagten Fachkräftemangel andere Ursachen wie beispielsweise sehr unattraktive Arbeitsbedingungen, die mangelnde Bereitschaft der Unternehmen zur Ausbildung oder auch der Unwille, sich auf die Bedürfnisse junger Menschen einzulassen – und das in einer Zeit, in dem der Arbeitgeber*innenmarkt sich in Richtung eines Arbeitnehmer*innenmarkts verschiebt. In anderen Fällen gibt es schlichtweg zu wenig Arbeitnehmer*innen. Eine mögliche Lösung dafür ist die Arbeitsmarktmigration.

In Deutschland und anderen Ländern gibt es Menschen, die arbeiten möchten, aber aufgrund bürokratischer Hürden oder rechtlicher Einschränkungen keine Arbeitsmöglichkeiten erhalten. Gleichzeitig sind zugewanderte und ausländische Arbeitskräfte oft gezwungen, in prekären und nicht angemeldeten Arbeitsverhältnissen tätig zu werden und unterliegen in diesem Zusammenhang unternehmerischer Ausbeutung. Das liegt auch daran, dass ausländische Abschlüsse oft sehr langsam oder gar nicht anerkannt werden. Eine echte "lose-lose-Situation". Das können wir uns nicht leisten.

Die Transformation der Arbeitswelt wird noch einiges von uns fordern. Diese Herausforderungen verdeutlichen, dass die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt nicht nur wirtschaftliche und technologische Aspekte betreffen, sondern auch dringende soziale Gerechtigkeitsfragen aufwerfen, die angegangen werden müssen. Die Generation Z ist in einer selbstbewussten Position gegenüber ihren Arbeitgeber*innen. Aber sie sind auch mit einem jahrzehntelangen Investitionsstau, Fachkräftemangel und mit einer Vielzahl von Krisen konfrontiert. Das Klischee #DieserJungenLeute erfüllt sich also mal wieder nicht. Damit die Transformation gelingt, braucht es aber alle.

Insgesamt erfordert die Analyse der Transformation des Arbeitsmarktes eine ganzheitliche Betrachtung, die die Wechselwirkungen zwischen technologischen, sozialen und wirtschaftlichen Faktoren berücksichtigt. Nur so können geeignete Strategien entwickelt werden, um die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen und eine gerechtere und nachhaltigere Arbeitswelt zu schaffen.

AN SICH ARBEITEN?

BRAUCHT ES NEUJAHRSVORSÄTZE?

PRO

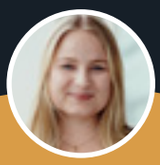
Volle Fitnessstudios und leere Gesichter von Nikotin-Aussteiger*innen markieren den Monat Januar. Nicht selten ist die Disziplin, die so manche anfangs noch an die Umsetzung ihrer Neujahrsvorsätze legen, bereits im Februar verpufft. Doch jedem Anfang wohnt bekanntermaßen ein Zauber inne. Und dieser Anfang braucht genau zwei Zutaten: Der Wunsch nach Veränderung und die Überzeugung, dass man zu dieser Veränderung auch in der Lage ist. Damit liegt das Fassen eines Neujahrsvorsatzes vielleicht nicht allzu weit von den Faktoren, die uns politisch antreiben. Schließlich braucht es auch als Juso vor allem die Feststellung „So wie es ist, kann es nicht bleiben“ und die Erfahrung von Selbstwirksamkeit, Dinge wirklich verändern zu können. Der große Unterschied besteht eben darin, dass Neujahrsvorsätze eine Veränderung auf der individuellen Ebene anstreben. Das verschafft ihnen oftmals das Label bloßer Selbstoptimierung, womit Ihnen Unrecht getan wird. Die Zeit rund um den Jahreswechsel eignet sich hervorragend dafür, das vergangene Jahr Revue passieren zu lassen und sich zu fragen, wie man dem guten Leben im nächsten Jahr zumindest etwas näher kommen könnte. Für diese „Ein-Personen-Feedback-Runde“ gibt es ein paar Tipps, um der Februar-Frustration vorzubeugen: Neujahrsvorsätze sollten möglichst konkret sowie positiv formuliert sein und aus einer starken eigenen Motivation hervorgehen. Vor allem aber sollte das Vorgenommene auch Freude bereiten und nicht qualvolles Verzichten. Davon gibt es im Kapitalismus schließlich genug.

Lisa (27) bricht eine Lanze für Neujahrsvorsätze. Sie selbst nimmt sich für nächstes Jahr vor, öfter auf Konzerte zu gehen. Wer ein Ticket für Taylor Swift in Gelsenkirchen abzugeben hat, möge sich bei ihr melden.

CONTRA

Neujahrsvorsätze oder auch: kapitalistische Selbstoptimierungsmanier alle Jahre wieder. Anstatt uns zwischen den Jahren darauf zu besinnen, was denn letztes Jahr gut gelaufen ist oder was man auch selbst großartig hinbekommen hat, redet die Gesellschaft von vermeintlichen Fehlern und deren Beseitigung im nächsten Jahr. Ganz abgesehen davon, dass solche Neujahrsvorsätze meist nichts mit tatsächlicher persönlicher Weiterentwicklung zu tun haben, sondern oft nur toxische Erwartungen an Aussehen, Leistung und Etikette unserer Gesellschaft reproduzieren, ist dieser Ansatz einfach blödsinnig. Der Selbstoptimierungswahn, den man sich und dem eigenen Umfeld aufzwingt, erschafft vor allem noch mehr Unsicherheiten und selbst wenn man es schafft, eines der To-dos für das „new year, new me“ abzuhaken, geht es einem nicht besser, denn: die Liste ist eben, genauso wie der Anspruch der Selbstoptimierung im Kapitalismus, endlos. Dazu kommt dann auch noch, dass die Gesellschaft und wir selbst uns schlechtreden, wenn man Neujahrsvorsätze nicht umsetzen kann – wir verhalten uns unfair und alles andere als emphatisch gegenüber uns selbst, unseren Kapazitäten und unserem Selbstwertgefühl.

Das soll natürlich nicht heißen, Weiterentwicklung sei etwas Schlechtes. Im Gegenteil: Weiterentwicklung ist zentral, um eigene Fehler zu reflektieren und fairer mit unseren Mitmenschen und uns selbst umzugehen. Diesen Rahmen bietet das Format „Neujahrsvorsätze“ aber definitiv nicht, sondern lässt uns vor allem glauben: Jedem Anfang wohnt neuer Optimierungsdruck inne!



Johanna (21) nimmt sich für 2024 vor allem eines vor: keine dämlichen Neujahrsvorsätze! Stattdessen freut sie sich auf ein neues Jahr so ganz ohne schlechtes Gewissen, wenn man im Januar dann doch kein „new year, new me” ist.

Wenn wir von feministischer Arbeitsmarktpolitik reden, denken viele zunächst daran, dass Frauen im Schnitt deutlich weniger verdienen als Männer. Dabei handelt es sich dabei nur um einen kleinen Teil des Patriarchats in der Arbeitswelt.

REIN IN DIE GEWERKSCHAFT UND WEG MIT DEM PATRIARCHAT

Der aktuelle Gender Pay Gap in Deutschland, also die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern, liegt bei 18%. Wenn man diese Zahl erwähnt, hört man oft direkt von Menschen (meistens: Männern), dass diese Zahl viel zu hoch und ungenau sei, weil es sich hierbei nur um den sogenannten unbereinigten Gender Pay Gap handle, und der eigentliche Lohnunterschied nur bei 7% liege. An dieser Unterscheidung ist zunächst einmal nichts falsch. Es stimmt, dass der Gender Pay Gap auf unterschiedliche Arten berechnet werden kann. Der unbereinigte Gender Pay Gap vergleicht den durchschnittlichen Bruttoverdienst von Männern und Frauen. Dabei werden auch Unterschiede miteinbezogen, die aufgrund unterschiedlicher Bezahlung von Berufsbranchen, Karrierelevel oder Arbeitszeiten entstehen. Beim bereinigten Gender Pay Gap werden diese Faktoren herausgerechnet, weshalb die Zahl am Ende deutlich niedriger ist. Und 7% klingen am Ende gar nicht mehr nach so viel.

Wenn wir über geschlechtsspezifische Ungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt reden, macht es jedoch durchaus Sinn, sich trotzdem den unbereinigten Gender Pay Gap anzuschauen. Denn all diese Faktoren sind schließlich strukturell und begründen sich auf der patriarchalen Ausbeutung von Frauen, die sich noch allzu oft dadurch äußert, dass wir in die private Sphäre verdrängt und damit von der Teilhabe am Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden.

WHO CARES?

Berufe, die häufiger von Frauen ausgeübt werden, werden oft viel schlechter bezahlt als männlich dominierte Berufsfelder. Dazu gehören vor allem Berufe in der Dienstleistungsbranche und im Bereich der Care-Arbeit. In diesen Berufsfeldern wird nicht nur weniger verdient, oft sind die Beschäftigten auch mit schlechteren Arbeitsbedingungen konfrontiert. Frauen arbeiten darüber hinaus häufiger in atypischer Beschäftigung, Teilzeit oder haben längere Erwerbsunterbrechungen. Und dass das so ist, ist natürlich kein Naturgesetz: Das Patriarchat weist Frauen Aufgaben des angeblich „privaten" Bereichs zu. Und auch wenn die gesellschaftliche Erzählung vom Heimchen am Herd, das seinem Ehemann den Rücken freihält, heute sehr veraltet klingt, ist es in vielen Köpfen immer noch fest verankert.

Denn durch konservative patriarchale Rollenbilder übernehmen Frauen nicht nur den Großteil der professionalisierten, das heißt bezahlten, Care-Arbeit, sondern leisten auch im Privaten mehr unbezahlte Care-Arbeit. Kinderbetreuung, Haushalt, die Pflege von Angehörigen: Frauen wenden im Durchschnitt 52% mehr Zeit am Tag für unbezahlte Sorgearbeit auf. Das führt nicht nur zu einer erheblichen Mehrbelastung für Frauen in der Freizeit, sondern hat auch Konsequenzen für ihre Erwerbsbiografien.

DAS ELEND SETZT SICH FORT - EIN LEBEN LANG

Als Jungsozialist*innen wissen wir: Der Kapitalismus schafft Armut und unterdrückt damit all jene, die nichts außer ihrer Arbeitskraft haben, um zu überleben. Dass dies Armut nach sich zieht, veranlasst uns als Verband, laut die Systemfrage zu stellen. Dies werden wir allerdings niemals vollumfänglich tun können, wenn wir uns nicht mit der Verbindung von Geschlecht und Armut auseinandersetzen. Denn Frau zu sein ist immer noch einer der größten Faktoren für Altersarmut. Grund dafür sind eben jene patriarchalen Strukturen, die Frauen aus der Erwerbsarbeit halten und ihnen strukturell den Bärenanteil der unbezahlten Care-Arbeit aufbürden. Für viele Frauen in heterosexuellen Paarbeziehungen und Familienkonstellationen ergibt sich dadurch eine extreme Abhängigkeit von Männern, die seelenruhig ihre Karriere verfolgen können, während sie Kinder und Angehörige pflegt, schlechtere Jobaussichten hat, weil noch immer viele Arbeitgeber*innen (unrechtmäßig) Frauen im sogenannten gebärfähigen Alter gute Jobs und Beförderungen verwehren oder weil sie aus Steuergründen nur einem Minijob nachgeht.
Letzteres ist Auswirkung eines Steuersystems, das die heterosexuelle Kleinfamilie bevorteilt und patriarchale Machtdynamiken manifestiert. Denn noch immer sorgt das sogenannte Ehegattensplitting dafür, dass es sich für verheiratete Paare lohnt, wenn ein*e Ehepartner*in bedeutend mehr verdient als der*die andere. Diese Steuererleichterung wird jedoch auf dem Rücken der Erwerbsverläufe von Frauen geführt: In der überwältigenden Zahl der Fälle sind sie es, die nur in Teilzeit oder in einem Minijob arbeiten. So sammeln sie weniger oder keine Rentenpunkte, zahlen nicht in die Sozialversicherung ein und können kein eigenes Vermögen aufbauen. Besonders wenn eine Ehe scheitert, zeigt sich eine weitere Armutsfalle: Frauen sind häufiger alleinerziehend als Männer, und Alleinerziehende sind überdurchschnittlich von struktureller Armut betroffen.

WIE KOMMEN WIR RAUS AUS DER SACKGASSE NAMENS PATRIARCHAT?

Das Patriarchat steckt in jeder Facette der Arbeitswelt und beutet Frauen strukturell aus. Dabei wird viel zu oft noch die Situation von INTA-Personen (inter, nonbinär, trans, agender) außen vor gelassen. Auch sie leiden in der Arbeitswelt unter patriarchaler und queerfeindlicher Unterdrückung, die Dynamiken sind allerdings anders und noch kaum erforscht.
Während wir seit Jahren für eine feministische Arbeitsmarktpolitik kämpfen, lassen Antworten von staatlicher Seite noch auf sich warten.
Für eine echte Entlastung von Frauen und eine gerechtere Aufteilung der Care-Arbeit braucht es deshalb etwa die Novellierung des Elterngeldes, bei der die Zeit zwischen beiden Partner*innen gleich aufgeteilt wird, die endgültige Abschaffung des Ehegattensplittings, eine KiTa-Pflicht und die Unterstützung gewerkschaftlicher Arbeitskämpfe. Denn klar ist: In tarifgebundenen Branchen ist der Gender Pay Gap kleiner. Studien haben außerdem gezeigt, dass vor allem Frauen von der Einführung einer 4-Tage-Woche profitieren können.

Feministischer Arbeitskampf kann also nur Seit an Seit mit den Gewerkschaften geführt werden. In diesem Sinne: Rein in die Gewerkschaft und weg mit dem Patriarchat!

Pia (24) ist für eindimensionale Betrachtungen nicht zu haben, umso mehr aber für tiefgreifende feministische Analysen!

Für **Nina (26)** ist klar: „Frauen in die Gewerkschaft!" nützt Frauen und der Gewerkschaft. Auch heute ist ein guter Tag, um in eine Gewerkschaft einzutreten!

LINDNERS SPAR-WAHN

... UND WAS DAS FÜR UNSEREN JUNG-SOZIALISTISCHEN KAMPF BEDEUTET

In der Sommerpause legte Finanzminister Christian Lindner (FDP) dem Bundestag seinen Entwurf für das Haushaltgesetz 2024 sowie den Finanzplan des Bundes für die Jahre 2023 bis 2027 vor.

Im sogenannten Haushaltsplan werden die jährlichen Einnahmen und Ausgaben des Bundes abgesteckt. Der Haushaltsplan gibt an, welche Aktivitäten der Staat für das kommende Jahr anstrebt und für welche Zwecke wie viel Geld zur Verfügung gestellt wird. Das Finanzministerium erstellt den Entwurf des Haushaltplans und des Haushaltsgesetzes, die Bundesregierung berät und beschließt dies. Damit der Haushaltsplan in Kraft treten kann, muss er dann noch Bundestag und Bundesrat durchlaufen.

Trotz multipler Krisen, Klimawandel und steigender sozialer Ungleichheit sieht der Entwurf Lindners harte Einsparungen für die kommenden Jahren vor. Der einzige Etat, der von diesen Einsparungen ausgenommen ist, ist der Bereich der Verteidigung. Die Schuldenbremse soll nach Christian Lindner mit Ausnahme einer Neuverschuldung von 16,6 Milliarden Euro nach Jahren krisenbedingter Ausgaben eingehalten werden. Aktuell wird darüber diskutiert, ob es möglich ist, die Schuldenbremse für das Jahr 2024 auszusetzen. Die Prämisse, an dieser für die Zukunft festzuhalten, bleibt aber bestehen.

In Reaktion auf die Pläne Lindners wurden einige Debatten, z. B. über die nicht ausreichende Finanzierung der ab 2025 geplanten Kindergrundsicherung, geführt. Insbesondere von jungen Menschen, wie z. B. aus der ver. di-Jugend, der DGB-Jugend sowie der sowie der SJD - Die Falken, hagelte es Kritik. In einem durch die Organisation Fiscal Future initiierten gemeinsamen offenen Brief unterschiedlicher Jugendverbände beschrieben sie:

„Der Haushalt entscheidet nicht nur darüber, welche Politik die Ampel-Koalition und ihre Minister*innen umsetzen können – er bildet das langfristige Fundament unseres Zusammenlebens. [...] Aktuelle Studien von Murau & Thie (2022) belegen, dass alleine bis 2030 mehr als 160 Milliarden Euro fehlen, um die Klimaziele zu erreichen. Weitere Herausforderungen wie die Finanzierung von Armutsbekämpfung, Bildungsgerechtigkeit, Digitalisierung sowie moderner und nachhaltiger Infrastruktur sind hier noch gar nicht abgebildet [...]. Aktuell wird unsere Zukunft heruntergewirtschaftet."

Die Bundesregierung entscheidet, wie sie die Bundesmittel für das Jahr 2024 verteilt. Sie entscheidet darüber, ob und inwieweit Menschen in unserer Gesellschaft Zugang zu Mobilität, Gesundheitsversorgung, Bildung, Wohnen, Nahrung, Kleidung, Teilhabe oder den Schutz vor den Auswirkungen des Klimawandels erhalten oder nicht.

Von den Kürzungsplänen sind nicht alle Menschen gleichermaßen betroffen. Die aktuellen Pläne treffen insbesondere Menschen, die es ohnehin schon schwer haben: Kinder, Jugendliche, Familien, geflüchtete und zugewanderte Menschen sowie armutsbetroffene und arbeitslose Menschen. So sollen im kommenden Jahr beispielsweise 700 Millionen Euro bei den Jobcentern eingespart werden und dies, obwohl die Ausgaben der Jobcenter zuletzt gestiegen sind. Die geplanten Einsparungen werden zu Lasten karitativer Projekte, der Tafeln und der Sozialkaufhäuser gehen.

Eva (27) ist wütend. Wütend darüber, dass Mitglieder*innen der Regierung aktiv armenfeindliche Erzählungen verbreiten und durch ihren Sparwahn Menschen existenziell bedrohen. Wir brauchen endlich einen armutsfesten Sozialstaat!

Johanna (21) ist müde. Müde von Lindners Sparwahn und neoklassischer Finanzpolitik. Sie findet: für einen gerechten Sozialstaat müssen wir Geld in die Hand nehmen.

Auch junge Menschen sind unter anderem durch die Kürzungen im Bereich des BAföGs betroffen. Die Bereitstellung finanzieller Mittel für ein armutsfestes BAföG ist entscheidend, denn nur so kann jungen Menschen ein gerechter Zugang zu Ausbildung und Studium eröffnet werden. Des Weiteren gefährden die Kürzungen bei den Freiwilligendiensten, der Migrationsberatung, den Jugendmigrationsdiensten sowie in der politischen Bildung den sozialen Zusammenhalt in Deutschland.

Im Bereich der Haushaltsplanungen zeigt sich unsere Klassengesellschaft und die Auswirkungen jahrzehntelanger klassistischer Politik. Während Menschen mit großen Vermögen und hohen Einkommen nicht ausreichend in die Verantwortung gezogen werden und ihre Vermögen in Krisenzeiten steigen, wird der Rest der Gesellschaft u. a. durch die Auswirkungen der verfehlten Klimaziele sowie durch die Schwächung der sozialen Infrastruktur bereits jetzt sowie zukünftig existenziell bedroht.

UND JETZT? – WAS UNSERE JUNGSOZIALISTISCHE ANTWORT SEIN MUSS

Die Analyse ist klar: Die Haushaltskürzungen gefährden unseren Sozialstaat und werden vor allem diejenigen treffen, die schon jetzt in Armut leben und/oder durch Marginalisierung nicht an der Gesellschaft teilhaben können. Als Jusos, die an eine Welt der Freien und Gleichen glauben, müssen wir uns gegen diese Entwicklung stellen! Das bedeutet auch: wir müssen uns gegen Christian Lindner und seinen Sparhaushalt stellen – anstatt in Zukunft und Transformation zu investieren, hält Lindner an der Schuldenbremse fest, während die CDU sogar noch einen Schritt weitergeht, und die Ideologie der schwarzen Null aufrechterhalten will. Diese Wirtschaftspolitik geht auf neoklassische Wirtschaftstheorien zurück, die Profitmaximierung und Nutzen in den Vordergrund stellen, ohne sogenannte Externalitäten (bspw. Umweltverschmutzung) genügend zu berücksichtigen.

Wir als Jungsozialist*innen müssen uns gegen diese neoklassische Wirtschaftspolitik stellen – auf der Straße, in den Parlamenten und in unserer Bildungsarbeit muss immer klar sein: wir stehen für eine Wirtschaftspolitik und ein Verständnis von Geld, welches in Zukunft und Menschen investiert. Wir stehen für ein Steuersystem, das umverteilt und einen Haushalt, der soziale Teilhabe an Gesellschaft ermöglicht, denn: Umverteilung und der armutsfeste, diskriminierungssensible Sozialstaat sind wichtig für die Sicherung der Demokratie. So stellt soziale Ungleichheit eine Gefahr für das demokratische System und laut Wirtschaftsforum für die Weltgemeinschaft dar, da diese zu höheren Emissionen führt und damit die Klimakatastrophe beschleunigt.

Die Uhr steht also mal wieder auf „5 vor 12“ und sie tickt – es ist höchste Zeit, dass die gesellschaftliche Linke ihre Stimme erhebt, denn es geht um nichts weniger als unseren Sozialstaat! Deshalb: Bringt das Thema auf die Straße oder ins Büro, zeigt Solidarität mit Wohlfahrtsverbänden und lasst uns gemeinsam laut sein für einen modernen Haushalt, der Transformation und Teilhabe finanzieren kann!

Nicht nur zu Gast sondern tagein, tagaus bei der Arbeit in einem Kölner Automobilwerk.

Vor rund eineinhalb Jahren verstarb mein Opa Hubyar Polat und einer meiner ersten Gedanken war: „Ich wünschte, ich hätte ihn noch mehr zu seiner Geschichte gefragt!". In der deutschen Erinnerungskultur gehen allzu häufig die Perspektiven derer unter, die in dieses Land eingewandert sind und es durch ihre Arbeit geprägt haben. Entweder wurden sie nicht gefragt oder ihnen wurde zu schlecht zugehört.

Die Geschichte der sogenannten Gastarbeiter*innen ist eine Geschichte der Ausbeutung von Arbeitskraft. Bereits in der frühen Nachkriegszeit wurde politisch wie gesellschaftlich schnell deutlich, dass die Menschen im Land das nötige wirtschaftliche Wachstum nicht stemmen können. So kam es in den 1950/60er Jahren zu den ersten Anwerbeabkommen Deutschlands mit europäischen Ländern wie Italien, Spanien und Griechenland. Die Anwerbeabkommen bedeuteten, dass es deutschen Firmen ermöglicht werden sollte, ausländische Arbeiter*innen in Deutschland legal zu beschäftigen. Dabei ist zu betonen, dass ausschließlich der Profit deutscher Unternehmen primäres Ziel der Abkommen war. Ein spezielles Rotationsprinzip sollte zudem dafür sorgen, dass die Arbeiter*innen nur für wenige Jahre bleiben konnten, weswegen bis heute von „Gastarbeiter*innen" gesprochen wird.

IDENTITÄTSKRISE: EINWANDERUNGSLAND ODER „GASTARBEIT"?

Nach 12.000 Menschen im Jahre 1955 aus Italien, vervielfachte sich die Zahl in den darauffolgenden Jahrzehnten bis zum Anwerbestopp 1973 auf rund 14 Millionen. Auch wenn davon circa 11 Millionen Arbeiter*innen wieder in ihre Heimatländer zurückkehrten, profitiert die deutsche Wirtschaft bis heute von den Gastarbeiter*innen, auch wenn Anerkennung und Dankbarkeit vielfach zu vermissen sind. Die Perspektive ebendieser Menschen ist im gesamtgesellschaftlichen Diskurs kaum bis nicht präsent – und rassistische Politiken fordern Dankbarkeit von den „Gastarbeiter*innen" und den Nachfahren, statt selbst Dankbarkeit zu zeigen. In diesem Zusammenhang lässt sich die bis dato herrschende gesellschaftliche Wahrnehmung als Identitätskrise zwischen Einwanderungsland und „Gastarbeit" verstehen. Die mangelnde Auseinandersetzung mit der Prägung und der Notwendigkeit von Einwanderung ermöglicht es insbesondere heute rechten und rassistischen Narrativen, Raum zu gewinnen. Dabei können Bilder, die auch Konservative wie Friedrich Merz versuchen zu konstruieren, historisch nicht standhalten. Dennoch zieht sich die Erzählung durch, dass Menschen nach Deutschland kämen, um vom Land zu profitieren, ohne zu beachten, dass das Land von Jahren der Ausbeutung und Unterdrückung von ausländischen Arbeitskräften profitiert. Möglicherweise lassen sich auch heutige „Migrationspakete" als Kontinuität dieser Erzählung verstehen.

GÄST*INNEN BEHANDELT MAN ANDERS, ARBEITER*INNEN ERST RECHT!

Die Gastarbeiter*innen wurden als billige Arbeitskräfte angeworben, um in Fabriken, Bergwerken und anderen Industriezweigen zu arbeiten. Sie wurden oft unter schlechten Bedingungen beschäftigt und erhielten niedrige Löhne. Viele von ihnen hatten keine oder nur begrenzte Rechte auf soziale Absicherung oder Krankenversicherung. Sie waren gezwungen, lange Stunden zu arbeiten, oft ohne Überstundenzuschläge oder angemessene Ruhezeiten. Aber auch bereits vor ihrer Ankunft in Deutschland mussten die Arbeiter*innen menschenunwürdige und rassistische Untersuchungen über sich ergehen lassen und bürokratische Hürden überwinden. Kamen die Menschen einmal in Deutschland an, wurden sie oft in Lagerhallen und Containern untergebracht, meist in der Nähe ihres Arbeitsortes in eigens für sie angelegten Vierteln, abseits der restlichen Gesellschaft. Von ernsthafter Integrationspolitik und gesellschaftlicher Teilhabe konnte keineswegs gesprochen werden. Die Mentalität, dass es sich um „Gäste" handeln würde, prägte jegliches politisches Handeln. Die Arbeiter*innen konnten kein Deutsch und sollten es auch nicht können, denn wer nicht im Land, sondern nur unter sich zu bleiben hatte, sollte keine Sprache, keine Bleibe und keine Teilhabe brauchen, denn er*sie war nur zum Arbeiten da. Und wer die Sprache nicht beherrscht, kann schlechter für seine Rechte einstehen.

Alicem (25) stammt aus einer Familie von Gastarbeiter*innen. Menschen, die vieles auf sich nehmen und hart arbeiten mussten. Aber nicht nur die Nachfahren, sondern die gesamte Gesellschaft ist geprägt von ihrer Geschichte.

ES KAMEN MENSCHEN AN

ARBEITSKAMPF MIT STATT OHNE ARBEITS-MIGRANT*INNEN!

Doch spätestens 1973 wurde der Unmut der Arbeitsmigrant*innen immer größer. In den Ford-Werken Köln sprachen sie sich ab, vereinigten sich und streikten vom 24. bis 30. August. Grund dafür war die Entlassung von 500 Kolleg*innen, die verspätet aus dem Urlaub zurückkamen, was zu der Zeit jedoch nicht außergewöhnlich war. Die Reise in die Heimat war meist mit Hürden verbunden und jene die aufgrund dessen entlassen wurden, waren kurze Zeit später wieder eingestellt. Jedoch nicht am 24. August 1973, weswegen sich der zunächst spontane Streik bildete und sich in den darauffolgenden Tagen mehrere Tausend Kolleg*innen anschlossen. Die Arbeiter*innen kämpften gegen Diskriminierung, für eine D-Mark mehr pro Stunde, mehr Urlaubstage und insgesamt bessere Lebensbedingungen für alle. Für die Geschäftsführung und den Betriebsrat waren diese Forderungen jedoch nicht maßgeblich und sie verkündeten eine Einigung, die die wesentlichen Forderungen der Arbeitsmigrant*innen nicht einbezog und im Wesentlichen lediglich die Forderungen der „deutschen" Arbeiter*innen erfüllte. Daraufhin protestierten die türkischen Arbeiter*innen weiter, was jedoch gewaltsam durch die Polizei beendet wurde.

So ist die deutsche Gesellschaft dennoch bis heute nicht nur von der Arbeit, sondern auch von den Kämpfen der Arbeitsmigrant*innen geprägt. Auch wenn der Diskurs allzu häufig an den Realitäten der migrantischen Gesellschaft vorbeigeht, ist sie da und kein Diskurs kann den Anspruch auf die Wahrheit erheben, ohne die Perspektive der Migrant*innen und Menschen mit Migrationsgeschichte zu repräsentieren. Auch in heutigen Migrationsdebatten sollte dieser Missstand deutlich gemacht und gegen rassistische Narrative gekämpft werden. Denn es kommen auch heute Menschen an!

„Gastarbeiterin" oder eher: Näherin in der westdeutschen Textilproduktion

JUSOS

SOLIDARISCH MIT DIR

DER JUSO-BUNDES KONGRESS 2023

„Solidarisch mit dir“ – unter diesem Motto stand der Juso-Bundeskongress in diesem Jahr in Braunschweig. Leider schweigt das politische Braun in diesem Land schon lange nicht mehr und so zog sich die Sorge um den Wiederaufstieg des Faschismus durch viele Redebeiträge und inhaltliche Diskussionen. Klar ist, und an dieser Stelle stehen die Jusos geschlossen da: Mit uns gibt es keinen noch so kleinen Schritt nach Rechts. Wir kämpfen gegen den Rechtsruck auf der Straße sowie in den Parlamenten und wir stellen uns gegen die Diskursverschiebung nach Rechts. Außer- wie innerhalb der Partei.

Nicht ganz so geschlossen zeigte sich der Verband bei der Findung eines*r Nachfolger*in von Jessica als Bundesvorsitzender, der auch an dieser Stelle nochmal gedankt sei für ihren unermüdlichen Einsatz und ihr Engagement. Wir NRW Jusos hatten uns, nach der einstimmigen Nominierung auf der Landeskonferenz, für Sarah Mohamed stark gemacht, weil wir überzeugt waren, dass sie die richtige Vorsitzende zur richtigen Zeit gewesen wäre. Davon waren leider nicht alle Delegierten überzeugt, sodass Philipp Türmer nun die Geschicke der Jungsozialist*innen in Deutschland lenken wird. Wir wünschen ihm dafür ein gutes Händchen! Selbstverständlich kämpfen wir NRW Jusos zusammen mit Philipp und allen anderen Jusos gegen die Übel unserer Zeit.

Für viele Delegierte und Genoss*innen an den heimischen Bildschirmen war es ein wichtiges Zeichen, welches Sarah dann mit ihrer Kandidatur für den stellvertretenden Bundesvorsitz aussendete. Größe zeigt sich in der Niederlage und für viele Delegierte, vor allem aber nicht nur für BIPoC war es immens wichtig, dass Sarah nicht aufgibt, denn eine „Frau die kämpft, ist eine Frau die lebt“. Entsprechend versöhnlich war die Stimmung, nachdem mit Sarah Mohamed und Audrey Dilangu aus NRW zwei engagierte und erfahrene Genossinnen in den Bundesvorstand gewählt wurden. Die NRW Jusos können sich glücklich schätzen, mit diesen beiden Genossinnen vertreten zu sein. Die Bundesebene kann sich auf zwei kämpfende Frauen freuen. Wir wünschen für die Arbeit auf Bundesebene viel Kraft, Ausdauer und Energie. Der Support aus NRW wird die beiden in den nächsten Jahren begleiten und tragen.

Doch nicht nur personell konnten die NRW Jusos am Ende halbwegs zufrieden und versöhnt den Kongress verlassen. Der einzige feministische Antrag des Kongresses kam aus NRW („Alles Krise?- Feministische Antworten auf die Krisen unserer Zeit“) und wurde nach der Debatte mit überwältigender Mehrheit beschlossen!

Zahlreiche Genoss*innen aus der 59-köpfigen NRW-Delegation beteiligten sich an den Antragsdebatten und den Diskussionen mit Saskia Esken, Hubertus Heil und Kevin Kühnert. Das Handeln und Agieren der Bundesregierung im Allgemeinen und Olaf Scholz als Bundeskanzler im Besonderen zog sich durch viele Debattenbeiträge. Insbesondere das Festhalten an der Schuldenbremse und das Einschwenken auf einen asylrechtsverschärfenden Kurs auch seitens der SPD wurde an vielen Stellen mit scharfen Worten kritisiert. Aber auch die Befürchtung, dass die Europäische Union ihren Abschottungskurs auch nach der nächsten Europawahl fortsetzt, gab und gibt Anlass zur Sorge.

Daher ist es ein gutes Zeichen für die europäischen Wahlen, dass mit Delara Burkhardt, Manon Luther und Sabrina Repp drei Kandidatinnen mit Juso-Sozialisation für Spitzenplätze im Rennen sind und gestärkt durch eine Nominierung des Juso-Bundeskongresses die nächsten Schritte angehen können.

Dieser Bundeskongress wird sicherlich für viele Genoss*innen lange in Erinnerung bleiben. Es wird nun Aufgabe sein, den Verband zu einen und den wahren Gegner*innen stark gegenüberzutreten. Mit Blick auf die NRW-Delegation und die Genoss*innen in diesem Landesverband wird man sich da wenig Sorgen machen müssen.

WOHNRAUM IST KEINE WARE!

Zanda Martens ist Sozialdemokratin, Gewerkschafterin und seit 2021 auch Düsseldorfer Bundestagsabgeordnete. Wir haben mit ihr über ihre politische Arbeit, über ihre Zeit als Gewerkschaftssekretärin und auch über ihr Thema „Miete" gesprochen.

Für Zanda Martens (39) ist klar: Der Markt regelt gar nichts alleine! Deswegen zeigt sie klare Kante in der Wohnungsmarktpolitik.

HIER KÖNNT IHR MEHR ÜBER ZANDA ERFAHREN:

- **WWW.ZANDA-MARTENS.DE**
- **@ZANDA.MARTENS**
- **ZANDA MARTENS MDB**

WAS TREIBT DICH IM BUNDESTAG AKTUELL BESONDERS UM?
Die aktuelle Lage im Land insgesamt: Natürlich beschäftigt uns vor allem, wie wir mit dem Rechtsruck in unserer Gesellschaft umgehen müssen. Wir sehen, dass mit jeder Wahl der Stimmenanteil für rechtsextreme Parteien steigt. Das treibt uns alle um. Ich würde mir wünschen, dass bei diesem Thema alle demokratischen Parteien auf billigen Populismus verzichten und unser Bundeskanzler Olaf Scholz proaktiver kommunizieren und unsere Politik besser erklären würde.

ALS GEWERKSCHAFTSSEKRETÄRIN, ARBEITERKIND UND EINWANDERIN HABEN DICH EINZIGARTIGE ERFAHRUNGEN GEPRÄGT. WIE BEEINFLUSST DAS DEINE POLITISCHE ARBEIT?
Diese Erfahrungen sind auch ein Grund, warum ich in die Politik gegangen bin. Die Erfahrungen, die ich als Arbeiterkind gemacht habe, stammen von Eltern, die 40 Stunden in der Woche arbeiten und trotzdem nie genug Geld haben.
Arm trotz Arbeit – diese Erfahrung hat mir gezeigt, wie sehr man für alles kämpfen muss und wie wenig einem was geschenkt wird. Ich möchte anderen Kindern in unserem Land diese Erfahrung ersparen. Meine Überzeugung ist, wenn man Probleme in der Gesellschaft erkennt und sieht, dass Dinge nicht so laufen, wie man es für richtig hält, dann reicht es nicht aus, sich nur darüber aufzuregen. In einer Demokratie muss man sich selbst engagieren und im Rahmen seiner Möglichkeiten dazu beitragen, dass es anders läuft.

DER DGB HAT ERSTMALS EINE FRAU ALS BUNDESVORSITZENDE. WELCHE BEDEUTUNG HAT DAS FÜR DIE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG?
In den letzten Jahren und Jahrzehnten gab es starke Frauen, die auch Führungspositionen in Gewerkschaften bekleideten. Dennoch finde ich, dass es ein überfälliger Schritt ist, dass wir mit Yasmin Fahimi und vor kurzem auch mit Christiane Benner in der IG Metall Frauen tatsächlich an der Spitze haben. Generell bin ich der Meinung, dass Frauen und Männer jeden Job gleich gut erledigen können.

SIEHST DU BESONDERE HERAUSFORDERUNGEN ODER CHANCEN FÜR FRAUEN UND FÜHRUNGSPOSITIONEN IN DER GEWERKSCHAFT?
In so einer Position, insbesondere in einer Industriegewerkschaft, deren Mitgliedschaft eher männlich geprägt ist, ist es besonders ungewöhnlich, dass eine Frau diese Spitzenposition übernimmt. Es mag eine Herausforderung sein, bis alle es akzeptiert haben, dass eine Frau diese Aufgaben genauso gut erfüllen kann. Aber die Frauen beweisen mit ihrer Arbeit, dass dies eindeutig der Fall ist.
Ich bin froh, dass die Gewerkschaftsbewegung nicht nur in den Betrieben nach Geschlechterparität strebt und sich dafür politisch einsetzt, sondern auch selbst ein gutes Beispiel für die Unternehmen ist.

EIN KLEINER THEMENSPRUNG. DU WARST GEWERKSCHAFTSSEKRETÄRIN, JETZT BIST DU BUNDESTAGSABGEORDNETE. DU HAST LANGE TAGE. WAS MOTIVIERT DICH MORGENS AUFZUSTEHEN?
Meine Motivation hat sich nicht verändert. Genauso wie zu meiner Zeit als Gewerkschaftssekretärin stehe ich jetzt als Bundestagsabgeordnete jeden Tag auf, um die Interessen der Menschen zu vertreten. Früher waren es die Gewerkschaftsmitglieder, heute sind es für mich die sogenannten „normalen Menschen", die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Familien, Kinder und Ältere. Wenn ich die Chance habe, vier Jahre lang Lobbyistin für diejenigen zu sein, die sonst keine laute Stimme haben, dann ist das meine Motivation. Bei allen Themen, die ich bearbeiten darf, ob nun mein Einfluss groß oder klein ist, versuche ich, das Leben, die Arbeit und die Mieten genau dieser Menschen im Blick zu haben.

DU HAST VIELE WAHLKREISTERMINE IN DÜSSELDORF. WELCHE VON DIESEN TERMINEN SIND FÜR DICH AM WICHTIGSTEN, WENN DU HIER VOR ORT IM WAHLKREIS UNTERWEGS BIST?
Für mich sind die Termine mit Menschen, die nichts mit Politik zu tun haben, am wichtigsten. Beschäftigte in Betrieben, Unternehmer, engagierte Ehrenamtliche und auch Mieterinnen und Mieter. Ich habe Respekt vor dem politischen Betrieb in Berlin, wo schließlich alle Gesetze verabschiedet werden.
Dennoch ist es mir wichtig, die Bodenhaftung nicht zu verlieren, indem ich vergesse, dass die Berliner Blase nicht die Welt ist.

DU HAST DAS THEMA MIETEN GERADE SCHON ANGESPROCHEN. DU BIST IM RECHTSAUSSCHUSS UND TÄTIG IN DER MIETENBEOBACHTUNG. WAS MUSS MAN TUN, UM MIETER*INNEN VOR STARKEN MIETSTEIGERUNGEN ZU SCHUTZEN UND WIE SCHAFFT MAN ES, DASS ES ÜBERHAUPT NOCH BEZAHLBAREN WOHNRAUM GIBT?
Ja, also zum einen Bauen. Der Wohnraum wird immer knapper, insofern ist die logische Antwort, dass man mehr baut, aber im Unterschied zu der Wohnungsbaubranche sage ich, dass das allein noch nicht reicht. Es ist kein Widerspruch, dass wir sowohl bezahlbaren Wohnraum bauen als auch die Mieten regulieren müssen. Wenn wir es dem Markt überlassen, regelt er auch die Mieten. Nur die Art und Weise, wie er sie regelt, führt doch jetzt nachweislich dazu, dass viele Menschen sich keinen Wohnraum mehr leisten können. Daher befürworte ich die Verschärfung der bestehenden Regeln wie die Mietpreisbremse und die Kappungsgrenze und will die vorhandenen Schlupflöcher schließen. Es ist mir wichtig zu betonen, dass Wohnraum keine Ware ist, sondern eine lebensnotwendige Grundvoraussetzung für jeden Menschen. Solange die Mieten nicht von alleine sinken, sollten wir die Mietpreise so regulieren, dass sich jeder Bürger und jede Familie in unserem Land eine Mietwohnung leisten kann.

DU BIST AUCH DIE VORSITZENDE DES UNTERAUSSCHUSSES FÜR EUROPARECHT. DIE EUROPAWAHL STEHT BEVOR. WIE KÖNNEN WIR EINEN BESSEREN ZUGANG SCHAFFEN UND VERMITTELN, WAS AUF EUROPÄISCHER EBENE ÜBERHAUPT DURCH GESETZE GEREGELT WIRD?
Aus meiner Erfahrung ist es am besten, die Bedeutung von europäischen Richtlinien und Verordnungen anhand konkreter Beispiele zu vermitteln. Oft haben die Menschen den Eindruck, dass Europa weit weg ist und irgendwelche Regeln beschließt, ohne eine Ahnung von den lokalen Geschehnissen zu haben. Die europäischen Gesetze und Verordnungen sind zwar komplexe Rechtstexte, die viele von uns ungern lesen und noch weniger verstehen. Aber sie betreffen immer ganz konkret den Alltag der Menschen. Wir müssen ihnen das immer wieder anhand konkreter Beispiele erklären und deutlich machen, dass es nicht egal ist, wen wir ins Europaparlament wählen.

Lea Bongers: (23) ist fasziniert, dass Zanda neben ihrem Bundestagsmandat auch noch Zeit für Sport findet. Kriegt sie noch nicht mal neben dem LaVo hin.

UNSER NEUER LANDESVORSTAND – JETZT AUCH JEWEILS MIT INPUTS FÜR EURE JUSO-GRUPPE:

MÜNSTER

NINA GAEDIKE, 1997

LANDESVORSITZENDE

IST AKTUELL
Studentin im Master Gender Studies, sowie auf Lehramt mit den Fächern Sozialwissenschaften und Geschichte

KERNTHEMEN:
Der feministische Kampf, sowie Sozialpolitik und der Kampf gegen jeden Antisemitismus

BETREUT:
Als Landesvorsitzende: ganz NRW!

KÖLN

ALICEM POLAT, 1998

IST AKTUELL
Psychologe

KERNTHEMEN:
Innenpolitik, Gesundheit, Kommunales und Antirassismus/ Antidiskriminierung

BETREUT:
Aachen, Städteregion Aachen, Düren, Euskirchen, Heinsberg, Köln, Mönchengladbach, Neuss, Viersen

DORTMUND

EVA BIELECKI, 1996

IST AKTUELL
Masterstudentin Musik & Geschichte auf Gymnasial- und Gesamtschullehramt, Nebenberuflich: Geigenlehrkraft

KERNTHEMEN:
Anti-Klassismus, Sozialpolitik, Intersektionaler Feminismus

BETREUT:
Bochum, Dortmund, Duisburg, Ennepe-Ruhr, Essen, Mülheim, Oberhausen

DORTMUND

BERK ERASLAN, 2002

IST AKTUELL
Studierender (Lehramt)

KERNTHEMEN:
Internationalismus, soziale Teilhabe, Antirassismus

BETREUT:
Bottrop, Gelsenkirchen, Hamm, Herne, Recklinghausen, Soest, Unna

DÜSSELDORF

JOHANNA BÖRGERMANN, 2002

IST AKTUELL
Studentin (Politics,Philosophy and Economics)

KERNTHEMEN:
Bildungspolitik, Internationalismus, Wirtschaft und die intersektionale feministische Perspektive

BETREUT:
Düsseldorf, Leverkusen, Mettmann, Oberbergischer Kreis, Remscheid, Rhein-Erft, Rheinisch-Bergischer Kreis, Solingen, Wuppertal

BIELEFELD

EVIN KINA, 1995

IST AKTUELL
Studentin

KERNTHEMEN:
Innenpolitik, Europa und Außenpolitik, Antirassismus, gewerkschaftliche Bündnisarbeit

BETREUT:
Bielefeld, Gütersloh, Höxter, Herford, Lippe, Minden-Lübbecke, Paderborn

WESEL

HANNAH HARMSEN, 2001

IST AKTUELL
Studentin (Sozialwissenschaften)

KERNTHEMEN:
Queerpolitik, Innenpolitik, Wissenschaftspolitik

BETREUT:
Borken, Coesfeld, Kleve, Krefeld, Münster, Steinfurt, Warendorf, Wesel

KREIS KLEVE

LEA BONGERS, 2000

IST AKTUELL
Studentin (Stadtplanung)

KERNTHEMEN:
Kommunales und Inklusion

BETREUT:
Borken, Coesfeld, Kleve, Krefeld, Münster, Steinfurt, Warendorf, Wesel

DÜSSELDORF

MAXIMILIAN LYKISSAS, 1999

IST AKTUELL
Studiert dual soziale Arbeit

KERNTHEMEN:
Antifaschismus, Sozialpolitik und Innenpolitik

BETREUT:
Düsseldorf, Leverkusen, Mettmann, Oberbergischer Kreis, Remscheid, Rhein-Erft, Rheinisch-Bergischer Kreis, Solingen, Wuppertal

HERFORD

MAXIMILIAN REECK, 1999

IST AKTUELL
Verwaltungsbeamter

KERNTHEMEN:
Kommunalpolitik, Verwaltungsorganisation und Bildungspolitik

BETREUT:
Bielefeld, Gütersloh, Höxter, Herford, Lippe, Minden-Lübbecke, Paderborn

SIEGEN-WITTGENSTEIN

MOHAMMAD EIBO, 1998

IST AKTUELL
Student (Bauingenieurwesen)

KERNTHEMEN:
Feminismus, Antirassismus, Bildungsgerechtigkeit und Umweltpolitik

BETREUT:
Bonn, Hagen, HSK, Märkischer Kreis, Olpe, Siegen-Wittgenstein, Rhein-Sieg

KÖLN

LISA FÜRST, 1996

IST AKTUELL
Wissenschaftliche Hilfskraft & Doktorandin (Rechtswissenschaften)

KERNTHEMEN:
Innen- & Digitalpolitik, Feminismus

BETREUT:
Bonn, Hagen, HSK, Märkischer Kreis, Olpe, Siegen-Wittgenstein, Rhein-Sieg

BONN

RASMUS CHAIKOWSKI, 2004

IST AKTUELL
Student (Ökonomie-Nachhaltigkeit-Transformation)

KERNTHEMEN:
Die sozialökologische Transformation, Internationalismus und Wirtschaftspolitik

BETREUT:
Bochum, Dortmund, Duisburg, Ennepe-Ruhr, Essen, Mülheim, Oberhausen

GELSENKIRCHEN

PIA MICKELS, 1999

IST AKTUELL
Auszubildende

KERNTHEMEN:
Feminismus, Awarenessarbeit, Antifa- und Antira-Arbeit

BETREUT:
Bottrop, Gelsenkirchen, Hamm, Herne, Recklinghausen, Soest, Unna

AACHEN

NADIA MIRI, 1999

IST AKTUELL
Lehramtsstudentin für Sozialwissenschaft und Germanistik

KERNTHEMEN:
Antifaschismus, Innenpolitik, Sozialismus, Awareness und Außenpolitik

BETREUT:
Aachen, Kreis Aachen, Düren, Euskirchen, Heinsberg, Köln, Mönchengladbach, Neuss, Viersen

DIE AWARENESS-KOMMISSION STELLT SICH VOR:

Bei der Landeskonferenz 2021 haben wir das Awareness-Konzept beschlossen und auf Grundlage dessen eine Awareness-Kommission gegründet und besetzt. In unserer Kommission sind zwei Landesvorstandsmitglieder und zwei Jusos aus dem Verband. Wir sind für euch da, wenn ihr euch im Verband unwohl fühlt und euch aktive Unterstützung oder auch einfach mal jemanden zum Reden wünscht. Insbesondere sind wir zuständig für Fälle von physischer, emotionaler, psychischer oder sexueller Gewalt, übergriffigem Verhalten (insbesondere Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Ableismus, Queerfeindlichkeit und deren Reproduktion) und jeglicher sonstigen Form von Diskriminierung. Es werden explizit auch queere Männer bzw. Personen und BIPoC angesprochen.

Wenn ihr euch bei uns meldet, führen wir zuerst ein Gespräch, um euer Anliegen aufzunehmen. Alles, was ihr uns erzählt, wird dabei streng vertraulich behandelt. Wenn ihr den Wunsch habt, dass wir euch aktiv unterstützen oder Maßnahmen ergreifen, fassen wir darüber in der Kommission einen Beschluss. Maßnahmen werden aber immer nur auf euren Wunsch und innerhalb der Grenzen, die ihr uns setzt, ergriffen.

Bei Veranstaltungen der NRW Jusos gibt es ein eigenes Awareness-Team, das ihr direkt vor Ort ansprechen könnt und das sich aus Teilnehmern der jeweiligen Veranstaltung zusammensetzt. Wenn ihr im Nachgang einer Veranstaltung oder im sonstigen Verbandskontext noch ein Anliegen habt, könnt ihr euch gerne jederzeit an uns wenden.

Die Awareness-Kommission erreichst du unter **awareness@nrwjusos.de.**

Du kannst auch einzelne Mitglieder der Kommission unter ihren untenstehenden E-Mail-Adressen erreichen oder du schreibst eine Mail an awareness@nrwjusos.de und schreibst in die Betreffzeile, an welches Mitglied sich deine Mail richtet. Auf Nachfrage sind die Mitglieder der Awareness-Kommission auch telefonisch kontaktierbar.

MARIELENA SCHEFFLER

Aus dem Verband
marielena.scheffler@nrw-jusos.de

RASMUS CHAIKOWSKI

Aus dem Landesvorstand
rasmus.chaikowski@nrw-jusos.de

EVIN KINA

Aus dem Landesvorstand
evin.kina@nrw-jusos.de

LEA LEIDIG

Aus dem Verband
lea.leidig@nrw-jusos.de

LUFT NACH OBEN

EIN PROJEKT DER JUSOS KREIS UNNA

Am 28.10. fand in Bergkamen der Auftakt für das Baumpflanz-Projekt „Luft nach oben“ der Jusos Kreis Unna mit der Pflanzung von sechs Klimabäumen statt. Die Initiative soll darauf aufmerksam machen, dass beim Thema Klimaschutz noch reichlich „Luft nach oben“ ist, um auch für die Zukunft nachfolgender Generationen „Luft nach oben“ zu schaffen.

Konkret bestand die Idee des Projektes darin, dass die Wälder in den letzten Jahren – verstärkt durch den Klimawandel – stark gelitten haben. Den ohnehin krankheitsanfälligen Monokulturen machen die Belastungen extremer Dürre und die des Borkenkäfers zu schaffen.

Der Wald geht nicht nur einzelne Interessengruppen etwas an, sondern bringt allen einen Nutzen. Umso wichtiger ist es, jetzt gegenzusteuern.

Langfristig sollen regelmäßige Pflanzungen im Kreis Unna und darüber hinaus einen nachhaltigen CO2-Ausgleich und ein Bewusstsein schaffen. Es soll ein Beitrag dazu sein, die Auswirkungen des Klimawandels auf Flora, Fauna und die Menschen zu verringern.

Ihr wollt bei euch im Unterbezirk auch eine ähnliche Aktion machen und wollt euch vorher dazu austauschen? Dann meldet euch gerne bei den Jusos im Kreis Unna! Ansprechpartnerin ist Hannah Lessow.

info@jusos-kreis-unna.de
www.jusos-kreis-unna.de/

Diesen Text hat **Alicem (25)** geschrieben, weil er sich dachte, dass er mit dem Gefühl der Ohnmacht doch nicht alleine sein kann. Und weil die Frage beantwortet werden muss, wie man aus der Ohnmacht wieder Kraft schöpft.

ICH BIN ZU MÜDE, UM SCHLAFEN ZU GEHEN

EIN PERSÖNLICHER BEITRAG ÜBER OHNMACHT.

Diesen Text reiche ich viel zu spät ein, damit er im Verbandmagazin erscheint. Nicht, weil ich nicht wüsste, was ich schreiben kann, sondern weil ich zu müde bin, um über Müdigkeit zu schreiben. Weil ich mich viel zu häufig politisch ohnmächtig fühle, um über Ohnmacht zu schreiben.

Die meisten, die dieses Magazin erhalten, engagieren sich in irgendeiner Form politisch, sind jung oder jung geblieben und bringen verschiedene Perspektiven auf diese Welt mit. Mich persönlich hat das unaushaltbare Gefühl von Ungerechtigkeit und die Wut gegen das Erstarken rechter Parteien dazu getrieben, Politik zu machen. Und es war für mich klar, dass ich mich nur wirksam fühlen konnte, wenn ich der SPD und damit auch den Jusos beitrete. Der tiefe Glaube an die Historie der Sozialdemokratie hat mich davon überzeugt, dass nur diese die richtige Entscheidung sein konnte. Der Widerstand gegen Faschist*innen, der Kampf für Arbeiter*innen und gegen Ausbeutung und die laute Stimme derer, die schon immer für ihre Rechte kämpfen mussten. All das hat für mich Politik, ja, sozialdemokratische Politik bedeutet. Und letztlich treten die meisten Menschen einer demokratischen Partei bei oder engagieren sich beispielsweise aktivistisch, weil sie daran glauben, selbst einen Beitrag zur Veränderung der Welt, zur Verbesserung der Lebensumstände leisten können. In der Demokratie ist es natürlich verständlich, dass dabei nicht immer die persönliche Meinung allgemeingültig ist, aber man will zumindest daran glauben, mit ihr so viele Menschen erreichen zu können wie möglich. Aber nein, man wird auch mal müde und die ganzen großen Vorstellungen und Utopien scheinen still zu stehen.

An die Hauswand meiner ehemaligen Wohnung hatte jemand gesprüht: „Ich bin zu müde, um schlafen zu gehen." und ich konnte es ganz besonders nachfühlen, wenn ich nach der `zigsten Sitzung des Ortsvereins nach Hause kam und dachte, dass noch so viele Aufgaben auf mich, auf uns warten. Heute empfinde ich das häufig anders, weil erst das Gefühl von Ohnmacht einen so richtig müde werden lässt. Die SPD versprach „soziale Politik für dich" und wir Jusos sind trotz unserer kritischen Haltung gegenüber Olaf Scholz durch die Straßen gezogen und haben Wahlkampf gemacht. Wir haben alle gemeinsam daran gearbeitet, eine Veränderung für die Menschen herbeizuführen und haben sie davon überzeugt, dass nur mit der SPD diejenigen das Land führen können, die für das gute Leben für alle streiten. Aber dann wurde klar, dass eine Koalition abseits der GroKo rechnerisch nur mit der FDP funktionieren kann, dass unsere Partei viele Abstriche machen wird und es nicht zur großen Umverteilung in der Gesellschaft kommt. Vielleicht ganz gut, dass wir es nie richtig erfahren werden, ob wir aktuell ohne die FDP eine bessere Politik machen und endlich umverteilen würden.

Dann: Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, große Debatten um „Krieg in Europa", Inflation, steigende Energiepreise, immer mehr Armut, rassistische Anschläge, Queerfeindlichkeit, der brutale Angriff der Hamas auf Israel und so vieles mehr. Dabei sitzt uns doch noch immer Corona im Nacken und die gesellschaftlichen Folgen der Pandemie werden für viele erst jetzt so richtig erkenntlich. Alles ermüdend. Aber mit der Müdigkeit käme man doch klar, denke ich. Wenn doch nur das Gefühl wäre, dass man etwas an den Umständen ändern könnte. Wenn man doch einfach vor die Tür gehen und allen erklären könnte, wie die Welt schnellstmöglich zu einer besseren wird. Aber so einfach ist es nicht und man muss sich manchmal eingestehen, dass man es nicht könnte, auch wenn es so einfach wäre. Denn dazu müsste man alle Lösungen bereits kennen und als Jungsozialist*innen, die doch um die beste Lösung streiten und von großen Utopien reden, fällt es schwer auch mal einzugestehen, dass wir sie nicht kennen.

Ich persönlich habe immer wieder das Gefühl, nichts tun zu können. Weil der Eindruck entsteht, dass sich die Ereignisse in der Welt in einer Abwärtsspirale befinden und Menschen immer hasserfüllter werden. Und natürlich frage ich mich, ob das nicht vielleicht schon immer so war und ich geprägt von der westlichen Ignoranz vieles erst jetzt mitkriege. Ob es nicht trügerisch ist, dass sich die Probleme näher anfühlen, obwohl sie schon immer da waren. Natürlich gehören die Emotionen und Gedanken kritisch reflektiert, es mindert mein Gefühl von Ratlosigkeit aber nur mäßig. Dann frage ich mich: „Wozu das ganze? Warum stecke ich so viel meiner Freizeit darin politisch aktiv zu sein, während die Wertschätzung für diejenigen in der Gesellschaft, die es tun, so gering ist?" Denn zu viele erhalten Droh- und Hassnachrichten, weil sie aus ihrer Überzeugung für die Welt der Freien und Gleichen kämpfen. Und wenn der Hass gegen mein Engagement so groß ist, für wen tue ich es eigentlich?

Möglicherweise nehme ich mich und mein Gefühl von Ohnmacht zu wichtig, aber irgendwo leitet mich auch dieses Gefühl im politischen Handeln. Denn Ohnmacht ist das Gefühl, dem ich mich widersetzen wollte, als ich in die SPD eingetreten bin. Denn dass Ungerechtigkeit und soziale Verwerfungen zu Ohnmacht führen können, ist mir persönlich nicht neu und ich habe häufig den Eindruck, dass es nicht nur mir so geht. Vielleicht sind linke Strukturen von diesem Gefühl und dem Widerstand ihm gegenüber geprägt. Denn die Utopie einer sozialistischen Gesellschaft ohne Ungerechtigkeit ist das, was die Zahl von vielen Individuen zu einer Gemeinschaft von Kämpfer*innen für eine bessere Welt macht. Denn bevor wir einschlafen, sind wir lieber zu müde!

REZENSION BUCH:

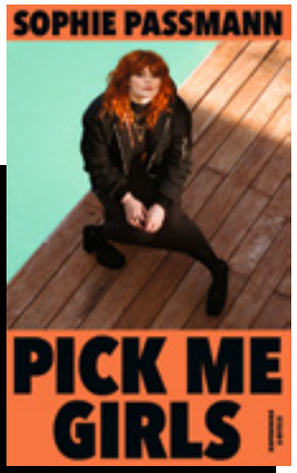
MEIN LEBEN IST DOCH COOL!
NATALIE DEDREUX

"Mein Leben ist doch cool!" ist das bemerkenswerte Buch von Natalie Dedreux, einer jungen Frau mit Down-Syndrom. Die Kapitel sind in verschiedene Themen wie Familie, Politik, Umwelt oder auch ihrer Liebe zu Köln unterteilt. Die Autorin verwendet eine leichte Sprache, um komplexe Themen zu erklären und teilt ihre Ansichten und Erfahrungen ehrlich und offen mit ihren Leser*innen.

Die Themen reichen von humorvoll bis ernst. Die Autorin geht mutig mit ihren Gedanken um und gewährt einen tiefen Einblick in ihre Welt. Dabei geht es ihr nicht nur um Behindertenfeindlichkeit. Auch strukturellen Rassismus und Sexismus prangert sie an und schlägt konkrete Maßnahmen vor. Mich persönlich hat sehr beeindruckt, wie klar Dedreux ihre Meinung auf den Punkt bringt.

Ich empfehle dieses Buch allen. Es ist ein ehrlicher und berührender Einblick in eine Welt, die oft zu wenig Gehör findet. Übrigens, die Autorin sieht das selbst ganz ähnlich: "Die Menschen sollen mein Buch deswegen lesen, weil ich es wichtig finde, was ich hier zu sagen habe. Dann sieht man, dass ein Leben mit Down-Syndrom auch cool ist. Und wenn die sich das Buch durchlesen, dann habe ich auch mehr Fans, und das finde ich gut."

Lea (23) findet ihr Leben auch ganz cool. Ein Schwerpunkt ihrer Arbeit ist Inklusion.



REZENSION BUCH:

PICK ME GIRLS
SOPHIE PASSMANN

Seit „Pick me Girls" im September erschienen ist, gehört es zu den meist-diskutiertesten deutschsprachigen Büchern des Jahres. Passmann schreibt über ihre Jugend, das Verhältnis zum eigenen Körper, mentale Gesundheit – und vor allem darüber, wie all das mit männlicher Anerkennung zusammenhängt.

Wer schonmal ein Buch von ihr gelesen hat, weiß, dass Sophie Passmann vor allem gerne über Sophie Passmann schreibt. Das kann man ihr erstmal nicht zum Vorwurf machen, allerdings verengt das natürlich die Perspektive, die sie einnimmt. „Pick me Girls" ist ein sehr persönliches und ehrliches Buch, an einigen Stellen konnte ich mich durchaus in den Erfahrungen von Passmann wiederfinden.
Wer neue, differenzierte Perspektiven auf feministische Diskurse sucht, wird beim Lesen vermutlich enttäuscht. Die Debatten, auf die sich das Buch bezieht, wurden an anderer Stelle schon interessanter geführt. Dass „Pick me Girls" als das feministische Buch des Jahres dargestellt wird, zeigt vor allem, wie oberflächlich Feminismus in der deutschen Medienbranche gesehen wird. Passmann selbst hat vermutlich gar nicht den Anspruch, universell feministische Texte zu schreiben, ihren Büchern wird das aber oft unterstellt.
Insgesamt ist das Buch für mich leider etwas nichtssagend. Sie definiert den Begriff „Pick Me Girls" unscharf und deshalb gelingt es ihr nicht ganz, die unterschiedlichen Aspekte ihrer Analyse am Ende zusammenzuführen. Und es gibt weitaus spannendere Themen als die Frage, was Männer über Frauen denken.

Pia (24) ist immer für feministische Literatur zu begeistern. Deshalb: immer her mit Empfehlungen kluger und witziger Bücher!

Impressum:

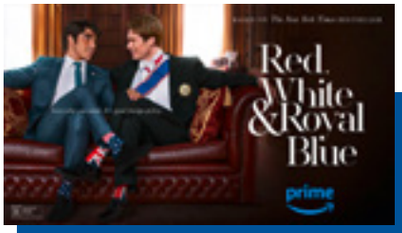
Herausgeber:
Jusos in der SPD
SPD Landesverband
Nordrhein-Westfalen
Kavalleriestraße 12
40213 Düsseldorf

Tel.: 0211 136 22 325
Web: www.nrwjusos.de
E-Mail: info@nrwjusos.de
X: @nrwjusos
Instagram: @nrwjusos
Facebook: NRW Jusos
Telegram: t.me/nrwjusos

Redaktion:
Redaktion: Joris Niggemeier (V.i.s.d.P.), Lea Bongers, Lisa Fürst, Pia Mickels, Alicem Polat, Maximilian Reeck, Leander Bröcker.
Grafik: Pascal Skwara | skwara.de
Druck: Druckhaus Kruse
Auflage: 12.000
Erscheint dreimal im Jahr

Bildnachweis:
Autor*innenbilder: Pascal Skwara. P1: Pascal Skwara. P3: Pascal Skwara. P4: VPanteon on iStock. P6/P7: Malte Luk on pexels, Andrea Piacquadio on pexels, RDNE Stock project on pexels. P8: ThisIsEngineering on pexels. P9: Ian Schneider on unsplash. P10/P11: FooTToo on iStock. P12/P13: Berlinautor on wikimedia commons. P14/P15: Ford Media. P16: Fionn Große.P21/P22/23: Pascal Skwara. P24/25: Nadiia Ploshchenko on unsplash. P26: Droemer Knaur, KiWi-Verlag. P27: Amazon Prime Video.

GEFÖRDERT DURCH: Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen



REZENSION FILM:

ROYAL BLUE
AMAZON PRIME VIDEO

Im Mittelpunkt des Films, der auf dem gleichnamigen LGBTQIA+ Liebesroman basiert, steht die fiktive Lovestory zwischen dem britischen Prinzen, Henry Fox-Mountchristen-Windsor und dem Sohn der amerikanischen Präsidentin, Alexander Gabriel Claremont-Diaz. Wir als Zuschauende begleiten verschiedene Phasen ihrer Beziehung. Anfänglicher Gräuel wird zur Freundschaft, über Flirten per iMessage ein unerwarteter Kuss an Silvester, zu einer geheimen Situationship bis hin zu einer öffentlichen Beziehung, werden wir mitgenommen – eine „enemies to lovers"-Geschichte. Auch Emotionen wie Humor, Fremdscham, Hoffnung, Trauer, Ärger und Liebe werden bedient, sodass alle Gefühlswelten während dem Gucken miterlebt werden.

Allerdings ist der Film mehr als eine normale Romcom: Es geht gleichermaßen um Politik und darum, was queer sein als politische und öffentliche Person bedeutet. Es geht um Druck von außen, geringe Akzeptanz und Angst vor einem öffentlichen Outing. Damit schafft es der Film, Aspekte eines Romantikfilms mit gesellschaftlich wichtigen Themen zu verknüpfen und diese in den Mittelpunkt zu stellen, verschiedene Perspektiven miteinzubeziehen und uns Zuschauende zu begeistern. Der Film bietet in einem Bild von tausenden Romantikfilmen, die die klassische Vorstellung einer heteronormativen Beziehung abbilden, eine wichtige Abwechslung und führt zu mehr Sichtbarkeit queerer Beziehungen. Deshalb die Empfehlung: Anschauen!

Martha Sonström (20) ist großer Fan queerer Romcoms - neben Royal Blue stehen auch Heartstopper und Young Royals ganz oben auf ihrer Liste. Für Serien mit hohem Cutenessfaktor ist sie schnell zu begeistern.

REZEPT:

HASELNUSS-AUSSTECHERLI

Pünktlich zur Winterzeit habe ich den Landesvorstand eingeladen, um gemeinsam ein Keksrezept für euch auszuprobieren. Johanna lieferte recht schnell das Keksrezept ihrer Oma und kurz darauf haben wir einen Termin gefunden, um als Backproletariat zusammenzukommen. Die Zutatenliste ist recht einfach:

500 Gramm Mehl
275 Gramm Zucker
4 Eier
200 Gramm gemahlene Haselnüsse und
250 Gramm weiche Butter.

Die Zubereitung ist kinderleicht. Zuerst mischt man die weiche Butter und den Zucker, bis die Mischung schön cremig ist. Dann kommen die Eier hinzu, gefolgt von den gemahlenen Haselnüssen und dem Mehl. Alles wird gut vermischt, und der Teig wird anschließend zu einer Rolle geformt und über Nacht im Kühlschrank gekühlt (Bei uns musste der Gefrierschrank das Ganze beschleunigen). Danach könnt ihr den Teig ausrollen und nach Belieben eure Kekse ausstechen. Anschließend das Ganze bei 180 Grad goldbraun backen und nach dem Abkühlen beliebig dekorieren (etwa mit Schokokuvertüre).
Das Endergebnis sind sehr leckere Kekse mit vollem Haselnussgeschmack. Aufgrund der langen Kühlzeit, die uns ein einfaches Ausstechen schwer gemacht hat, gibt es eine halbe Rose Abzug. Mit diesem einfachen und leckeren Rezept landet ihr zur Winterzeit aber garantiert einen Hit bei Familie und Freund*innen.

Mein persönlicher Geheimtipp zum Schluss:
Wenn ihr aus dem Teig eine Kugel formt und zusätzlich eine ganze Haselnuss einbettet, sorgt das für extra-crunch und puren Haselgenuss.

Viel Spaß beim Ausprobieren!

Maxi (24) will kein Stück vom Kuchen, sondern die ganze Bäckerei. Um wiederum Kekse zu backen mit unserem Landesvorstand!

KOPFARBEIT – UNSER KREUZ-WORTRÄTSEL

Letzter ESC-Gewinner

Liegt derzeit bei 12 Euro pro Stunde

Juso-Grundwert

Polnischer Gewerkschaftsbund

Abstimmungsverfahren im Bundestag

Klasse der abhängig Beschäftigten

Regierungskoalition

Wenn die Wochenarbeitszeit kürzer ist als die von Vollzeitbeschäftigten

Altersversorgung nach einem Arbeitsleben

Teuerung

Vereinbarung zwischen der Bunderepublik und der Türkei von 1961

Größter (und schönster) Ballungsraum der Bundesrepublik

Prägte den Begriff der Intersektionalität (Nachname)

Ergebnisse des Gewerkschaftskongresses in 12 Thesen

Generation der Millenials

REINGEHÖRT:
die Top-Tracks aus 2023 aus Sicht der Ohren unseres Landesvorstands

Gewinnspiel!

Lösungswort einreichen unter **www.nrwjusos.de/raetsel** und eins von drei spw-Jahresabos bzw. eine von drei NRW-Jusos-Mützen gewinnen. Einsendeschluss ist der 31. Dezember!